

Für ein neues Verständnis von „Green Jobs“

„Green Jobs“
Ein Diskussionspapier der Arbeitgeber

März 2009

Ansprechpartner:
Abteilung Europäische Union und
internationale Sozialpolitik
T +49 30 2033-1900
europa@arbeitgeber.de

I. Einleitung

Der Klimawandel und seine Auswirkungen geben dem Thema „Green Jobs - Beschäftigung und Umweltschutz“ zunehmend Bedeutung. Auf internationaler Ebene beschäftigt sich die Internationale Arbeitsorganisation ILO mit dem Thema und auf europäischer Ebene diskutieren die europäischen Sozialpartner die Auswirkungen des Klimawandels auf Beschäftigung und soziale Kohäsion. Auch auf nationaler Ebene spielt die Umweltindustrie in den beschäftigungs- und wirtschaftspolitischen Debatten eine zunehmende Rolle. Es wird in diesem Zusammenhang auch von der „dritten Industriellen Revolution“ gesprochen. Tatsächlich wird laut einer Prognose der Unternehmensberatung Roland Berger die deutsche Umweltindustrie im Jahr 2030 eine Billion Euro Umsatz machen. Schon heute ist Deutschland Spitzenreiter im Bereich Umwelttechnologie. Jede dritte Solarzelle und fast jedes zweite Windrad weltweit wird in Deutschland produziert. Damit hat die Umweltindustrie auch eine große beschäftigungspolitische Relevanz.

Allerdings gibt es zu der „Green Jobs“-Thematik noch viele offene Fragen. Tatsächlich lassen sich die zur Zeit unter „Green Jobs“ zusammengefassten Beschäftigungsfelder nur sehr schwer von den traditionellen Wirtschaftsbranchen abgrenzen. Darüber hinaus ist das bisherige Konzept „Green Jobs“ zu eng gefasst, denn Umweltschutz findet vor allem auch produkt- und prozessbezogen statt und wird vom heute gängigen „Green Jobs“-Konzept gar nicht erfasst. Zudem ist die Umweltindustrie auf die Produkte und die Innovationsleistungen der „traditionellen“ Industrie angewiesen. Im ersten Teil des vorliegenden Papiers wird sich daher kritisch mit der bisherigen Debatte zu „Green Jobs“ auseinandergesetzt.

Es ist notwendig, das Thema „Green Jobs“ in ein größeres Nachhaltigkeitskonzept einzubetten und die beschäftigungspolitischen Herausforderungen des Klimawandels breit zu thematisieren. Der Kerngedanke von „Green Jobs“ muss sein, dass Umweltschutz, Beschäftigungswachstum und Wirtschaftsentwicklung sich nicht gegenseitig ausstechen, sondern Hand in Hand gehen. In einem zweiten Abschnitt wirbt das Papier für einen ganzheitlichen „Green Jobs“-Ansatz, der auf den drei Säulen eines ökologischen, ökonomischen und sozialen Handelns beruht. Das vorliegende

Papier will so dazu beitragen, ein Verständnis von „Green-Jobs“ zu fördern, das nicht durch Abgrenzung die eigene Wirkung minimiert, sondern zur Vorlage für nachhaltiges Wirtschaften wird.

II. „Green Jobs“-Debatte zu eng und irreführend

Eine klare Definition zu „Green Jobs“ gibt es nicht

Die Frage, was „Green Jobs“ sind, kann nicht klar beantwortet werden. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO und die Umweltorganisation der Vereinten Nationen UNEP definieren „Green Jobs“ in einer gemeinsamen Studie *„as work in agriculture, industry, services and administration that contributes to preserving or restoring the quality of the environment.“* Die Definition ist aber umstritten. Oftmals wird ein breiterer Ansatz zu Grunde gelegt und das Thema in einen größeren Kontext eingebettet. Es wird dann von der *„employment and social dimension of climate change“* gesprochen. Welche Definition man sich auch aneignet, das eigentliche Grundproblem in der Diskussion zu „Green Jobs“ ist, dass das Konzept „Green Jobs“ und was letztlich alles darunter zu verstehen ist, noch sehr vage ist. Schon allein die benutzten Termini sind sehr vielfältig: Es wird von Beschäftigung im Umweltschutz, im Umweltbereich, in der Umweltindustrie gesprochen, ohne dass sich bisher eine klare Sprachregelung herauskristallisiert hätte.

Deutliche Abgrenzungsprobleme zu anderen Wirtschaftszweigen

Ursache dafür ist, dass es keinen abgrenzbaren Wirtschaftszweig „Umweltschutz“ oder „Umweltindustrie“ gibt. Im Gegenteil, die Umweltschutzwirtschaft betrifft viele klassische Branchen, wie das Produzierende Gewerbe, die Bauwirtschaft oder die Dienstleistungsbranche. Dies bedeutet nicht nur, dass es keine einheitliche Datenbasis für die Beschäftigung im Umweltbereich gibt, sondern auch, dass es auch inhaltlich deutliche Abgrenzungsprobleme gibt: Zur Umweltindustrie werden etwa auch die Abfallwirtschaft sowie die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung gezählt, also klassische Leistungen des öffentli-



chen Dienstes. Schätzungen zufolge arbeiten 1,8 Millionen deutsche Arbeitnehmer im Bereich Umweltschutz. Zum einen sagt die Anzahl der Beschäftigten nur bedingt etwas über die Effektivität des Umweltschutzes aus, zum anderen arbeiten tatsächlich nur 235.600 Menschen im Bereich erneuerbare Energien, und davon wiederum die meisten im Bereich Biokraftstoffe und Biomassebrennstoffe. Vergleiche wie die der EU-Kommission, dass bereits mehr Menschen in der Umweltindustrie beschäftigt sind als in der Kfz-Industrie, sind vor diesem Hintergrund irreführend und wenig hilfreich. Tatsächlich gibt es große Überschneidungen mit der Kfz-Industrie, da die Produktion von Auspuffanlagen und Partikelfiltern ebenfalls zum Bereich der Umweltindustrie gezählt wird. Der Versuch, den traditionellen Industriesektor trennscharf gegen einen „Green Job“-Sektor abzugrenzen, kann daher nicht gelingen.

Umweltschutz komplexer als das „Green Jobs“-Konzept suggeriert

Die Auspuffanlagen weisen zudem auf ein weiteres Problem hin: Umweltschutz findet zunehmend prozess- und produktorientiert statt. Autos werden beispielsweise immer energieeffizienter produziert und auch als Produkt immer umweltfreundlicher. Die beschäftigungspolitische Wirkung im Produkt- und Prozessumweltschutz lässt sich aber praktisch nicht erfassen. Eine weitere Problematik des traditionellen „Green Jobs“-Konzepts ist, dass zwar ein fester prozentualer Anteil der Bahnmitarbeiter einen „Green Job“ hat, der Arbeitnehmer, der die Loks der Bahn gebaut hat und der Stahlarbeiter, der den Stahl für die Loks produziert hat, aber nicht. Viele sogenannte „Green Jobs“ benötigen Vorleistungen aus Bereichen, die nicht den „Green Jobs“ zugerechnet werden. Die Solartechnik, Wärmeisolierung und Bioenergie wären ohne die chemische Industrie undenkbar. Der Umweltschutz lebt von den Produkten und den Innovationsleistungen der „traditionellen“ Industrie.

Das Arbeitsplatzprofil von „Green Jobs“ ist vielfältig

Der mit dem „Green Jobs“-Konzept gemeinte Arbeitsmarkt ist äußerst heterogen und reicht von Tätigkeiten in der Abfallwirtschaft über Arbeiten in

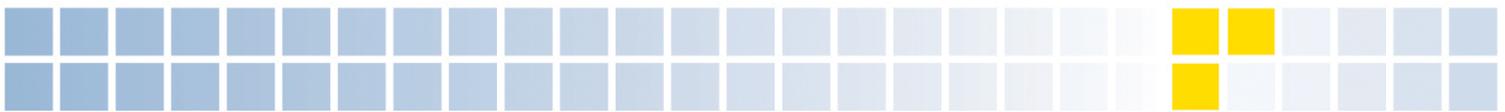
der Land- und Forstwirtschaft und der Anstellung im Bio-Supermarkt oder einer Car-Sharing-Einrichtung bis hin zur Entwicklung von Windrädern oder dem Vertrieb nachhaltiger Aktienfonds. Die der Umweltindustrie zugerechneten Branchen Abfallwirtschaft und Recycling deuten schon darauf hin, dass „Green Jobs“ nicht automatisch qualifizierte Arbeit meint. Die ILO spricht im internationalen Kontext gar davon, dass „Green Jobs“ häufig *„dirty, dangerous and difficult“* sind. Dieses Urteil kann auf Deutschland nicht übertragen werden. Klar ist aber, dass die Arbeit im Umweltbereich äußerst heterogen ist und über das gesamte Qualifikationsspektrum – vom ungelerten Hilfsarbeiter in der Entsorgungswirtschaft bis hin zum Ingenieur in der Solarindustrie – reicht. Aussagen über die Arbeitsbedingungen in der Umweltindustrie können vor diesem Hintergrund nicht gemacht werden.

III. Für ein neues Verständnis von „Green Jobs“

„Think big“ – Ein umfassender „Green Jobs“-Ansatz anstatt Nischendenken

Der Klimawandel verlangt nach entschlossenen weltweiten Bemühungen, die Treibhausgasemissionen schnell und deutlich zu verringern. Das heißt aber, dass „Green Jobs“ nicht ein Anhängsel sein dürfen, sondern dass Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt nachhaltig ausgerichtet werden müssen. Ein Nischendenken, bei dem ein Teil der Wirtschaft – der sogenannte „Green Jobs“-Bereich – allein im Zentrum der Aufmerksamkeit steht, konterkariert die Bemühungen, Nachhaltigkeit in der Wirtschaft insgesamt zu stärken und die riesigen Herausforderungen des Klimawandels zu meistern.

Vor allem aber würde die einseitige Fokussierung auf die Umweltindustrie bedeuten, die Augen vor den weiteren großen weltweiten Herausforderungen zu verschließen. Die Verschärfung der weltweiten Lebensmittelknappheit durch den zunehmenden Anbau von Biotreibstoffen macht deutlich, dass die Umweltwirtschaft nicht isoliert betrachtet werden kann. Nachhaltigkeit bedarf eines übergreifenden Ansatzes und geht weit über den Umweltschutz hinaus.



Das Beispiel der Bahnmitarbeiter, die einen sogenannten „Green Job“ haben, während der Stahlarbeiter, der den Stahl für die Lokomotive lieferte, diesen eben nicht hat, zeigt darüber hinaus deutlich die engen Grenzen der bisherigen Diskussion zu „Green Jobs“ auf. Es macht keinen Sinn, den Arbeitsmarkt durch das Konzept der „Green Jobs“ in gut (= grün) und schlecht (= nicht-grün) einzuteilen. Diese begrenzte Sichtweise hilft nicht weiter, wenn es darum geht, den beschäftigungspolitischen Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen und für eine schnell wachsende Erdbevölkerung Arbeit und Wohlstand zu schaffen.

Drei Pfeiler für das „Green Jobs“-Konzept

Vor diesem Hintergrund sollte das „Green Jobs“-Konzept auf den drei Pfeilern eines wirtschaftlichen, ökologischen und sozial verantwortlichen Handelns beruhen:

- **Wirtschaftlich verantwortliches Handeln:** Basis für ökologisches und soziales Handeln eines jeden Unternehmens ist seine Wettbewerbskraft und die Fähigkeit, Gewinne zu erzielen, damit es investieren, Beschäftigung schaffen und seine Zukunftsfähigkeit sichern kann. Nachhaltiger wirtschaftlicher Erfolg sowie soziale und ökologische Verantwortung sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Nur starke und wettbewerbsfähige Unternehmen können in neue Technologien zum Umweltschutz investieren und Menschen Beschäftigung mit Zukunft bieten.
- **Ökologisch verantwortliches Handeln:** Verantwortliches Handeln bedeutet für Unternehmen vor allem, ihre Öko-Effektivität zu erhöhen. Angesichts eines prognostizierten Anstiegs der Erdbevölkerung von heute 6,6 Milliarden Menschen auf 9,2 Milliarden Menschen im Jahr 2050 muss es zu einer zunehmenden Entkopplung von Wachstum und Umweltbelastung kommen. In der deutschen Industrie hat diese Entwicklung schon seit Jahrzehnten eingesetzt. Die chemische Industrie hat beispielsweise seit 1990 ihre Produktion um 38 Prozent ausgeweitet, gleichzeitig aber ihren Energieverbrauch absolut um 27 Prozent und die Treibhausgasemissionen um 46 Prozent reduziert.

- **Sozial verantwortliches Handeln:** Unternehmen schaffen durch ihre Geschäftstätigkeit Beschäftigung und Wohlstand und versorgen die Bevölkerung mit Dienstleistungen und Produkten. Darüber hinaus tragen Unternehmen vielfältig zur sozialen Zukunftsfähigkeit der Gesellschaften, in denen sie geschäftstätig sind, bei. Wichtige Handlungsfelder sind zum Beispiel die Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter, die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Sicherstellung von Chancengleichheit und Antidiskriminierung, Maßnahmen zur Antikorruption sowie die Minimierung von Gesundheits- und Sicherheitsrisiken am Arbeitsplatz.

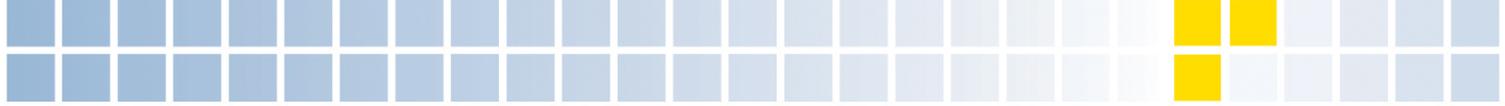
Das Konzept der „Green Jobs“ bedarf dabei eines ganzheitlichen Ansatzes, in dem diese drei Elemente in einer Gesamtstrategie umgesetzt werden. Nur dann wird ein Mehr an Beschäftigung mit einem Mehr an Nachhaltigkeit erreicht werden.

„Green Jobs“ als Chance für Wachstum und Beschäftigung insgesamt

Die Notwendigkeit zu weltweiten Umweltschutzbemühungen muss als Chance gesehen werden, als Chance nicht nur für eine kleine Gruppe von Beschäftigten in der sogenannten Umweltindustrie, sondern als Chance für klimaschonende Dienstleistungen und Produkte insgesamt. Marktwirtschaftlich fundierte Umweltpolitik kann zum Motor für Wachstum und Beschäftigung werden. Die weltweite Nachfrage nach neuen Antriebstechniken im Mobilitätsbereich, nach effektiven Wärmedämmsystemen und effizienter Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und Regelungstechnik im Gebäudebereich, nach innovativen Verkehrsmanagementsystemen und energiesparsamen Elektrogeräten schafft Beschäftigungschancen in allen Wirtschaftszweigen. Berechenbare und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen sind die Grundlage dafür, dass innovative Unternehmen diese Chance optimal nutzen können.

IV. Fazit

Der Klimawandel hat entscheidende Auswirkungen auf unsere zukünftigen Lebensumstände und wird auch die Arbeitswelt ausschlaggebend prä-



gen. Die deutschen Arbeitgeber begrüßen, dass mit der Diskussion um „Green Jobs“ nun auch die beschäftigungspolitische Dimension des Klimawandels stärker in den Fokus der Politik und Öffentlichkeit gerückt ist. Damit die Diskussion aber befruchtend und erfolgreich ist, sehen die Deutschen Arbeitgeber folgende Notwendigkeiten:

- „Green Jobs“ muss als beschäftigungspolitischer Ansatz in der Klimaschutzdebatte verstanden werden. Kerngedanke von „Green Jobs“ muss es sein, dass Umweltschutz, Beschäftigungswachstum und Wirtschaftsentwicklung Hand in Hand gehen. Dabei geht es nicht darum, dass die Politik als Lenkerin auf den Märkten durch Regulierung bestimmte Branchen auf Kosten anderer Branchen fördert. Solche Marktverzerrungen durch den Gesetzgeber sind kritisch zu sehen, denn es ist sehr zweifelhaft, ob die Politik besser über Marktchancen und –entwicklungen informiert ist als die Marktteilnehmer selbst. Es ist darüber hinaus verfehlt, sich allein auf das Beschäftigungswachstum in einem künstlich abgegrenzten Umweltbereich zu konzentrieren. Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Beschäftigung müssen stattdessen in ihrer ganzen Breite diskutiert werden und die sich aus der weltweiten Verbreitung klimaschonender Dienstleistungen und Produkte ergebenden Chancen insgesamt genutzt werden. Das bedeutet, dass das Konzept der „Green Jobs“ in den allgemeinen wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Kontext eingeordnet werden muss. Dabei geht es darum, die Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung sowie für mehr Innovation und Forschung zu schaffen. Ohne funktionierende Rahmenbedingungen geht dem Arbeitsmarkt der „Green Jobs“ in Deutschland ein Stück seiner Konkurrenzfähigkeit verloren. Innovation ist der Schlüssel angesichts der Herausforderung, Wohlstand und Wachstum zu schaffen und gleichzeitig die Lebensgrundlagen zu erhalten. Der Klimawandel stellt Wirtschaft und Wissenschaft vor neue Herausforderungen. Beschäftigung entsteht aus der Bewältigung dieser Herausforderungen mit Hilfe marktwirtschaftlicher Mittel, nicht durch Subventionen.
- Das Thema Umweltschutz ist kein Neuland für deutsche Unternehmen, sondern seit Jahr-

zehnten gelebte Realität. Angesichts des Klimawandels haben viele Unternehmen ehrgeizige Klimaschutzprogramme aufgelegt. Durch zahlreiche freiwillige Vereinbarungen und Selbstverpflichtungen hat die deutsche Wirtschaft branchenspezifisch wie auch branchenübergreifend seit vielen Jahren effektiv und effizient ihre Verantwortung für den Umweltschutz wahrgenommen. Dies wird bislang in der Diskussion zu „Green Jobs“ nicht ausreichend gewürdigt. Richtig ist: Die Wirtschaft ist Teil der Lösung, nicht Teil des Problems beim Schutz der Umwelt.

- Die nachhaltige Ausrichtung der Gesellschaft bedarf des Engagements aller Akteure. Jeder Einzelne ist gefordert, durch sein Verhalten zum Umwelt- und Klimaschutz beizutragen. Diese Aufgabe kann nicht auf die Wirtschaft allein abgewälzt werden. Die Politik muss hier mit gutem Beispiel vorangehen und die umweltfreundliche Ausrichtung staatlicher Stellen und der öffentlichen Hand vorantreiben. Sie muss für eine klare Aufgabenteilung eintreten, in der jeder seiner Verantwortung nachkommt.